

AUS DIESER STADT SOLLEN MENSCHEN VERSCHWINDEN. VERSUCH EINER KURZEN CHRONIK

SEPTEMBER - Errichtung der Abschiebelager in Bamberg und Manching

Im September preschte Bayern pflichtbewusst wie üblich voraus und richtete die ersten beiden Abschiebelager in Manching und Bamberg ein. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist dort direkt vertreten, sodass Asylverfahren innerhalb kürzester Zeit negativ beschieden werden können. Personen aus sogenannten „sicheren Herkunftsländern“ sollen schnellstmöglich unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgeschoben werden. [1]

DEZEMBER - "Umverteilungs"-Aktionen treffen in Regensburg auf Widerstand

Anfang Dezember fand eine groß angelegte „Umverteilungs“- Aktion, so der Jargon der Behörden, in Nord- und Ostbayern statt. Wie circa 600 andere erhielten auch in Regensburg Menschen den Bescheid zu "Umverteilung"[2] Innerhalb von 48 Stunden sollten sie mit Bussen abgeholt und ins Abschiebelager in Bamberg abtransportiert werden. Während das Vorhaben vielerorts reibungslos aufging, war dies in Regensburg nicht der Fall. Zusammen mit Unterstützer_innen leisteten die Betroffenen Widerstand. Sie informierten die Öffentlichkeit durch Einbezug der Presse und widersetzten sich den Anordnungen der Regierung. Faktisch blieb keine Zeit, gegen den Beschluss auf Rechtswegen mit einem Einspruch zu reagieren. Der Bescheid war formal fehlerhaft. Schließlich gelang es Rechtsbeistand einzusetzen. Durch eine Klage gegen den Bescheid konnte so einstweilig eine aufschiebende Wirkung erzielt werden. Hinzukommt dass bei vielen der Betroffenen zum Beispiel auf Grund von ScherbeHinderungen Härtefälle vorliegen. Für die Betroffenen ging es unterschiedlich weiter, doch für alle folgte eine Zeit des Wartens und der Unsicherheit.

JANUAR - Neue Eskalationsstufe der Ausländerbehörde

Anfang Januar kam es zu einer unerwarteten Abschiebung durch die Ausländerbehörde. Vier Kinder und ihre Mutter wurden von der Polizei abgeholt und in zwei separierten Autos zum Flughafen München gefahren. Weil der Vater zu diesem Zeitpunkt nicht bei seiner Familie in der Unterkunft in der Plattlingerstraße war, wurde die Familie ohne ihn in den Kosovo abgeschoben, wo sie jedoch nicht bleiben können, da Teile der Familie politischer Verfolgung ausgesetzt sind. In der Woche davor hatte die Familie ihre „freiwillige Ausreise“ erklärt. Die Meldung zur „freiwilligen Ausreise“, so die Auskunft der Ausländerbehörde an den Anwalt der Familie, sei jedoch nicht glaubwürdig und schütze nicht vor Abschiebung. So hätte ein konkreter Termin genannt und Tickets bei der Behörde vorgelegt werden müssen. Darüber wurde die Familie jedoch nicht informiert.

Erneute Bescheide zur "Umverteilung"

Eine Woche später erhielten einige der noch in Regensburg befindlichen Betroffenen einen Brief vom Hausmeister des Lagers. Das neue Datum zur Abholung: 28. Januar 2016. Darüber hinaus wurde angekündigt, sämtliche Sozialleistungen zu streichen, ebenso ein Hausverbot.

Eigentlich stand zu dem Zeitpunkt die Antwort des Verwaltungsgerichts Regensburg zu der im Dezember eingereichten Klage aus. Dementsprechend löste die Nachricht Verwirrung und Panik aus. Mithilfe ihres Rechtsbeistandes konnten die Betroffenen nun mit Erfolg eine schnelle Entscheidung des Gerichtes erwirken: Das Verwaltungsgericht entschied, dass eine „Umverteilung“ vorerst nicht durchgeführt werden könne. Als die Betroffenen diese Entscheidung einen Tag später dem im Lager zuständigen Hausmeister vorlegten, händigte dieser ihnen zwei neue Schreiben aus: Im ersten, das auf den 21. Januar 2016 datiert ist, wird das Umverteilungsvorhabens vom 30. November 2015 aufgehoben. Im zweiten, am selben Tag ausgestellten Schreiben wird eine neue „Umverteilung“ angesetzt. Damit waren alle zuvor angestellten juristischen Bemühungen gegenstandslos. Abermals wurden Rechtsmittel (gegen die erneut Formfehler enthaltenden Bescheide) eingelegt und die „Umverteilung“ von der Regierung kurzfristig abgesagt.

FEBRUAR - Das Schwinden juristischer Möglichkeiten

Erneut fand in der darauffolgenden Woche eine Abschiebung statt, in diesem Fall nach Mazedonien. Die schweren Beeinträchtigungen der Kinder, die eine Förderschule in Regensburg besuchten wurden dabei ignoriert.

Immer prekärer wird die Situation der verbliebenen Familien. Die Ausländerbehörde des Landratsamtes erkennt die eingelegten Rechtsmittel nicht an. Die betroffenen Personen sollten seit Ende Januar in Bamberg untergebracht sein, deshalb sei die Behörde in Regensburg nicht mehr zuständig. Die Auszahlung der Sozialleistungen sowie das Ausstellen von Krankenscheinen sind damit ausgeschlossen. Über die Notwendigkeit von Kontrolluntersuchungen bei einer Risikoschwangerschaft sowie die medizinische Versorgung der epileptischen Erkrankung eines Kindes werden dabei hinweggesehen.

In einem anderen Fall liegt nun eine negative Antwort des Verwaltungsgerichtes Regensburg vor. Noch einmal wird versucht, die „Umverteilung“ auf juristischem Wege abzuwehren, die Chancen sind gering.

Dreimonatiges Spiel und Zermürbungsstrategie der Behörden

Was sich in den letzten Monaten abspielte war neben der juristischen Zerreißeprobe eine beispiellosen Folge an Schikanen und Drohgebärden seitens der zuständigen Behörden: Der Eingriff in private Räume durch Polizeibeamte nach dem ersten erfolgreichen Widerstand gegen die Umverteilung, die Androhung von Einreise- und Hausverbot, der (teilweise oder vollständige) Entzug von Sozial- und Gesundheitsleistungen. Unangekündigte Abschiebungen, die trotz zuvor angemeldeter „freiwilliger Ausreise“ vollzogen wurden und bei denen die Trennung der Familienmitglieder in Kauf genommen wurde, vervollständigten dieses juristische Katz- und Mausspiel vollformaler Fehler und zurückgehaltener administrativer Beschlüsse. Behördliche Zuständigkeiten werden verschleiert und mit immer neuen Formen wird Druck ausgeübt. Die so erzeugte Perspektivlosigkeit zermürbt die Betroffenen zusehends. Es gilt, Solidarität zu zeigen und etwas gegen die Unsichtbarkeit der behördlichen Schikane und der Situation dieser Menschen zu tun.

[1] Die Abschiebelager sind Teil einer offiziell ausgewiesenen Abschreckungsstrategie der bayerischen Regierung. Bei der Eröffnung des so genannten „Balkan- Zentrums“ in Bamberg verweist die bayerische Sozialministerin Emilia Müller (CSU) darauf, dass dieses auch als Signal an die Menschen in den Heimatländern genutzt wird, um aufzuzeigen, „dass es keinen Sinn macht“ nach Deutschland zu kommen. Ohne Anspruch auf Bildung, auf Rechtsbeistand oder auf Gesundheitsversorgung werden Menschen dort kaserniert und abgeschottet. Sie erhalten Sachleistungen statt Bargeld. Zusätzlich unterliegen die dort Lebenden einer strikten Residenzpflicht, das heißt sie dürfen den jeweiligen Landkreis nicht verlassen. Geflüchtete mit „geringer Bleibeperspektive“ sollen innerhalb eines knappen Zeitfensters von drei Tagen bis zu einem Monat abgeschoben werden. Es ist angesichts dieser bewusst provozierten Perspektivlosigkeit nicht verwunderlich, dass die Zahl sogenannter „freiwilliger Rückreisen“ seit September kontinuierlich ansteigt.

[2] Auszug aus dem Bescheid im Wortlaut: „Es besteht ein erhebliches öffentliches Interesse daran, Ausländer aus sicheren Herkunftsstaaten mit geringer Bleibewahrscheinlichkeit in der für sie zuständigen Aufnahmeeinrichtung zu konzentrieren.“ Scheinbar wird davon ausgegangen, dass Formulierungen dieser Art nicht an die Öffentlichkeit gelangen. Das abgebrühte Vorgehen der Regierung werde unter anderem in einem Brief an Elternbeiratsvorsitzende deutlich. In diesem werbe man schon im Vorhinein für Verständnis für die Aktion, um somit Solidarität und Gegenwehr von Anfang an zu unterbinden.

Bereits erfolgte Berichterstattung in der Angelegenheit:

Süddeutsche Zeitung, 14.12.2015:<http://www.sueddeutsche.de/bayern/fluechtlinge-ohne-bleibeperspektive-raus-aber-zackig-1.2780489#2>

Mittelbayerische Zeitung,
3.12.2015:<http://www.mittelbayerische.de/region/regensburg/stadtteile/konradsiedlung-wutzlhofen/asyl-protest-gegen-die-rueckfuehrung-21349-art1314666.html>

Bayerischer Rundfunk, 3.12.2015:<http://www.br.de/nachrichten/oberpfalz/inhalt/proteste-verlegung-asylbewerber-100.html>

Regensburg Digital, 3.12.2015:<http://www.regensburg-digital.de/das-tut-weh-aber-da-hilft-alles-protestieren-nichts/03122015/>

Regensburg Digital, 23.12.2015:<http://www.regensburg-digital.de/immer-noch-immer-wieder-gegen-abschiebungen/23122015/>

Regensburg Digital, 11.01.2015:<http://www.regensburg-digital.de/familie-wird-bei-abschiebung-getrennt/11012016/>

Regensburg Digital, 28.01.2015: <http://www.regensburg-digital.de/aus-dieser-stadt-sollen-menschen-verschwinden/28012016/>